

Über Aufklärung, Kindsmord und Mohrenprozesse*

„Das Zeitalter ist aufgeklärt, das heißt, die Kenntnisse sind gefunden und öffentlich preisgegeben, welche hinreichen würden, wenigstens unsre praktischen Grundsätze zu berichtigen – woran liegt es, daß wir noch immer Barbaren sind?“

Friedrich Schiller, 1795

„Die Barbaren sind auf Vernunft abonniert. Sie sind diejenigen, die der Einheit der Vernunft einen unbedingten Vorrang geben vor der Vielfalt und Individualität der Erscheinungen. Barbaren sind die, die nur noch ein Eisen im Feuer haben. Sie pflegen sozusagen die Monokultur der Vernunft.“

Niklas Luhmann, 1995

I.

Betrachten wir zwei Phänome der späten Aufklärungsepoche. Es handelt sich dabei auf den ersten Blick um sehr unterschiedliche Gegenstände. Unterschiedlich sind sie hinsichtlich der zur Debatte stehenden Sachverhalte und hinsichtlich des Zusammenhangs, in dem ihre Erörterung steht. Es geht einerseits um einen bestimmten gesellschaftlichen – genauer: gesellschaftspolitischen – Diskurs, andererseits um Konflikte, die im Rechtssystem entschieden wurden. Es geht um die *Debatte des Kindsmordes*, die gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland stattfand, und einen sogenannten „Mohrenprozeß“, der sich im Jahre 1780 in Preußen ereignete.

* Referat, gehalten am 10. Juni 1995 vor dem „Forum junger Rechtshistoriker“ in Halle an der Saale.

Mit *Kindsmord* ist angesprochen, was heute nach § 217 StGB als „Kindstötung“ strafbar ist, nämlich die Tötung eines nichtehelichen Kindes durch seine Mutter kurz nach der Geburt.

Bei den *Mohrenprozessen* geht es um die Bewältigung eines kollisionsrechtlichen Problems, das aufkam, wenn ein Sklavenhalter in Begleitung seines Sklaven ein Territorium betrat, dessen Rechtsordnung das Institut der Sklaverei nicht kannte.

Gemeinsamer Bezugspunkt des Unterschiedlichen und damit *tertium comparationis* sowohl für die Auseinandersetzung um Kindsmorde als auch für die Mohrenprozesse soll das sein, was unter der Bezeichnung „Aufklärung“ einen wichtigen Bestandteil vieler Kulissen darstellt, vor denen Historiker ihre Untersuchungen zum 18. Jahrhundert in Szene setzen.

II.

Ausgangspunkt ist ein Fall, der sich vor gut 200 Jahren in Berlin abgespielt hat:¹ Im April 1780 war der Kaufmann *von Arnim* von einer längeren Geschäftsreise in die preußische Metropole zurückgekehrt. In der Entourage des Weitgereisten befand sich ein Mohr, den der Kaufmann sechs Jahre zuvor in Kopenhagen für 200 Reichstaler erstanden hatte.

Der schwarze Sklave versah im Gefolge seines Herrn die Stelle eines Domestiken, und wir können uns vorstellen, wie von Arnims Gäste, die bestenfalls über bleiches Gesinde verfügten, den Duft des Exotischen atmeten, wenn ihnen ein Mohr in blütenweißen Glacéhandschuhen und bunter Livree aus der Garderobe half. Besonders lange kann der Einsatz des Sklaven allerdings nicht gedauert haben. „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“ – dachte sich nämlich der schwarze Mensch und ging. Dabei verließ er das Haus seines Herrn nicht etwa als *servus fugitivus* – vielmehr hatte er außer Handschuhen und Weste auch sein Bewußtsein, ein Sklave zu sein, an den Nagel gehängt. Und nicht nur dies – ohne Umschweife wandte er sich an den, der in Preußen die

¹ Zum Sachverhalt vgl.: Rechtsgeschichte eines erkauften Mohren. Bericht des Kammergerichts an das Justizministerium, 16. Juni 1780, in: JOHANN WILHELM BERNHARD VON HYMMEN, *Beyträge zu der juristischen Litteratur in den Preußischen Staaten*, Bd. 6, Berlin 1780, S. 296–298.

Leibeigenschaft sieben Jahre zuvor abgeschafft hatte, an keinen Geringeren als den König selbst, Friedrich den Großen, und verlangte von ihm, „daß er vom Joche der Knechtschaft befreiet“² würde.

Was war geschehen? Freiheit ist bekanntlich nichts anderes als die Negation von Bindung. Sie wird oft gefordert, wenn die Unbill einer bestimmten Bindung das Risiko alternativer Bindungen übersteigt. Welchen Formen der Unfreiheit der befreite mittellose Mohr in Berlin entgegengesehen hätte, wußte er vielleicht selbst nicht. Den Mohren trieben handfestere Motive. Gegen seinen Herrn erhob er nämlich die Klage, daß er ihn „auf das grausamste behandelt“ habe und – es kommt noch schlimmer – „ihm nicht den Unterricht in der christlichen Religion verstatten wollte“.³ Demgegenüber schilderte der von Arnim seinen Mohren „als einen wilden, ungesitteten und liederlichen Menschen, der so wenig den Unterricht in der Religion als andere Kenntnisse annehmen wolle, sondern lediglich seinen sinnlichen Trieben und Leidenschaften den Zügel schießen lasse, wovon er durch keine Zwangsmittel abzuhalten sey“.⁴ Deshalb, so gab der Kaufmann zu Protokoll, läge ihm auch in erster Linie an der Befugnis, den Mohren zu veräußern.⁵

Aber der Reihe nach: Wie konnte es überhaupt zu einem rechtlichen Verfahren kommen? Der Mohr hatte eine Supplik an den König adressiert. Mit der Supplik konnte der Untertan die Aufmerksamkeit seines Landesherrn auf eine beliebige Rechtsfrage lenken. Der Monarch hatte kraft seiner oberstrichterlichen Gewalt die Möglichkeit, Rechtsfragen verbindlich zu entscheiden: Er konnte – wie ein halbes Jahr zuvor in der Angelegenheit des Müllers Arnold – rechtskräftige Urteile ändern, in anhängige Verfahren eingreifen oder einfach eine rechtlich verbindliche Feststellung treffen. Um letzteres ging es bei der Bittschrift des verzweifelten Mohren. Er stellte sich „als ein zeitiger Unterthan Ew Königl. Majt“ (sic!) vor und bat den Landesvater „allerunterthänigst“ um die Anerkennung seiner – nicht weiter begründeten – „Befugniß zur Freyheit“.⁶

Der König handelte. Fünf Tage später empfing das Kammergericht den Auftrag, „den von Arnim über das Gesuch seines Mohren zu vernehmen“ und „das rechtliche darüber zu verfügen“.⁷ Entschieden war damit vorerst

² A. a. O. (Fn. 1) S. 296.

⁵ A. a. O. (Fn. 1) S. 297.

³ A. a. O. (Fn. 1) S. 296.

⁶ A. a. O. (Fn. 1) S. 296.

⁴ A. a. O. (Fn. 1) S. 297 f.

⁷ A. a. O. (Fn. 1) S. 297.

zweierlei: Erstens: ein Sklave konnte supplizieren. Das scheint außer Frage gestanden zu haben. Und zweitens, daß sich der aufgeklärte Absolutist in der Sache keinen voreiligen Machtspruch entlocken ließ. Von selbst verstand sich hier offenbar zu wenig. Deshalb mußte der Rechtsstab des Königs das Problem *lege artis* kleinarbeiten.

Die Richter taten dies gründlich und schnell. Einen knappen Monat später lag auf dem Schreibtisch des Justizministers *von Carmer* das Gutachten des Kammergerichts in der Mohrenfrage. Elegant im Stil, stringent in der Methode und konzis im Ergebnis.

III.

Zu welchem Ergebnis waren die Gutachter gekommen? Bevor wir dazu kommen, lohnt ein Seitenblick auf Ausführungen eines Rechtshistorikers unserer Tage: *Karl Kroeschell* teilt im dritten Band seiner 1989 erschienenen *Deutschen Rechtsgeschichte*⁸ unter der Überschrift „Aufklärung und Geschichte“ mit, daß „die europäische Geistesbewegung der Aufklärung ein doppeltes Gesicht gezeigt“⁹ habe. Ursache dafür sei eine methodische Differenz, denn die janusköpfige „Geistesbewegung“ zeige einerseits das Antlitz der „Aufklärung durch Vernunft“, andererseits das Gesicht der „Aufklärung durch Geschichte“.¹⁰ Als Vertreter der historisierenden Aufklärung stellt uns Kroeschell den Göttinger Professor *Gustav Hugo* vor. Anhand der Stellungnahme Hugos zum Institut der Sklaverei exemplifiziert Kroeschell die Argumentationsweise eines Rechtsgelehrten, der mit dem „Deduzieren aus Vernunftbegriffen“¹¹ gebrochen habe. Er zitiert Hugo mit dem nüchternen Satz, wonach „alles dasjenige positives Recht seyn können [muß], was positives Recht ist“.¹² Kroeschell fährt fort: „Konsequenterweise hat sich Hugo um den Nachweis bemüht, daß selbst die Sklaverei positives Recht sein könne – für jeden Naturrechtler ein Skandal!“¹³

⁸ KARL KROESCHELL, *Deutsche Rechtsgeschichte*, Bd. III, Opladen 1989.

⁹ KROESCHELL, *a. a. O.* (Fn. 8) S. 116.

¹⁰ KROESCHELL, *a. a. O.* (Fn. 8) S. 116.

¹¹ KROESCHELL, *a. a. O.* (Fn. 8) S. 116.

¹² GUSTAV HUGO, *Naturrecht als eine Philosophie des positiven Rechts*, 2. Versuch, Berlin 1799, S. 55.

¹³ KROESCHELL, *a. a. O.* (Fn. 8) S. 117.

Zu welcher Rechtsauffassung waren die Berliner Kammerrichter bei der Behandlung der Supplik des Mohren gekommen? „Es scheint also“, folgern sie am Ende ihrer Ausführungen, „daß im Stande Rechtens dem von Arnim die Herrschaft und das Wiederverkaufsrecht über seinen erhandelten Mohren zuzusprechen seyn dürfte“. ¹⁴

In Sanssouci nickte der König und kommentierte: „Wir [finden] es ganz unbedenklich, daß der Mohr bey dem Cämmerer von Arnim mit seinem Freylassungsgesuch gänzlich ab-verwiesen werde“. ¹⁵ Fridericus locutus, causa finita.

„Für jeden Naturrechtler ein Skandal“? Ein ‘Skandalgutachten’ also? Waren die Berliner Richter etwa keine Naturrechtler gewesen? Oder handelte es sich bei den Verfassern des Gutachtens am Ende nur um ‘Fußnotennaturrechtler’, die sich zwar auf zahlreiche Autoritäten – darunter auch Koryphäen des neuzeitlichen Naturrechts – beriefen, in der Sache aber doch naturrechtswidrig entschieden? ¹⁶

IV.

Die lange Geschichte des Naturrechts zeigt, daß die Gemeinde der Naturrechtler nicht durch gemeinsame Inhalte, sondern nur durch die Methode ihrer Rechtserkenntnis zusammengehalten wird. Ein Naturrechtler ist, wer seine Rechtsauffassung mit der Berufung auf eine unverfügbare und vorgegebene Größe – etwa einen Gott, die menschliche Natur oder die Vernunft – begründet. Und genau dies haben die Richter am Kammergericht getan. Sie führen aus: „In Ermangelung vaterländischer Gesetze sind wir auf das Römische Recht zurück zu gehen angewiesen, welches aber, in Absicht der Knechtschaft, auf den Zustand in Deutschland nicht so ganz passend noch anwendbar ist. Es ist daher nur noch *die erste Quelle aller Gesetze, das Recht der Natur*, ¹⁷ übrig, nach welchem, vermöge der obigen

¹⁴ A. a. O. (Fn. 1) S. 310.

¹⁵ A. a. O. (Fn. 1) S. 311.

¹⁶ Im Gutachten (a. a. O., Fn. 1) zitierte Autoren und Autoritäten: Altes Testament, S. 299 f.; Barbeyrac, S. 302; Böhmer S. 309; Cocceji, S. 299; Groenewegen, S. 307; Grotius, S. 303; Gude-
linus, S. 306; Gundling, S. 308; Hobbes, S. 303; Huber 308; Leyser, S. 308; Mevius, S. 308; Pot-
giesser, S. 299, 300, 302, 303, 304, 308; Pufendorf, S. 302, 303; Reichart, S. 306; Selden, S. 301;
Sprengel, S. 301, 304; Stamm, S. 305; S. Stryk, S. 305, 306, 308; Tacitus, S. 304; Voetius, S. 307.

¹⁷ Hervorhebung vom Verf. (M. B.).

Ausführung dem von Arnim nicht verwehret werden könnte, seinen erkauften Sklaven weiter zu verhandeln“.¹⁸ Und ganz allgemein stellen die Richter fest: „Wir glauben mit Grunde behaupten zu können: daß die Knechtschaft (servitus) dem Rechte der Natur nicht zuwiderlaufend, sondern vielmehr darin begründet sey“.¹⁹

An dieser Stelle könnte man fragen, wo denn die *naturalis libertas* bleibt, mit der jedes Menschenkind nach damals herrschender naturrechtlicher Lehre geboren wird?²⁰ Auch hier bleiben die Gutachter die Antwort nicht schuldig: „Allerdings“, konzедieren sie, „sind die Menschen im eigentlichen natürlichen Zustande frey, und keiner ist des andern Gewalt unterworfen“. Diese Idylle wird aber an einem entscheidenden Punkt relativiert. Die Richter springen nämlich im unmittelbaren Anschluß in eine ganz andere Kategorie und stellen fest, daß es den Menschen „aber frey [stehet], Rechte, die ihnen nicht angeboren sind, zu erwerben“.²¹ So kam es, daß sich auf die *naturalis libertas* unseres Mohren ein erworbenes Recht eines Kaufmanns gelegt hatte. Und den Schutz des Eigentümers begründeten die Richter mit den Sätzen des Naturrechts.²²

Und wo bleibt die Aufklärung? Ist unser Mohr etwa an unaufgeklärte Naturrechtler geraten? Keineswegs. Das Gutachten der Berliner Richter ist durchaus in einem wohltemperierten, aufklärerischen Selbstverständnis verfaßt. Zwar „scheinet es [auf der einen Seite] unbillig zu seyn“, sagen sie, „einen Eigenthümer in der Ausübung der Wirkungen seines Eigenthumsrechts über einen rechtmäßig erworbenen Sklaven, zu hindern“, doch gewinne es auf der anderen Seite „einen Anschein der Härte und Grausamkeit, den Menschen, das edelste Geschöpf, so tief unter seinen wahren Werth herunter zu setzen, daß er, gleich dem von Vernunft entblößten Thiere, behandelt, und aus einer Hand in die andere verkauft werden

¹⁸ A. a. O. (Fn. 1) S. 309.

¹⁹ A. a. O. (Fn. 1) S. 298.

²⁰ Vgl. mit weiteren Hinweisen DIETHELM KLIPPEL, *Persönlichkeit und Freiheit*. Das „Recht der Persönlichkeit“ in der Entwicklung der Freiheitsrechte im 18. und 19. Jahrhundert, in: GÜNTER BIRTSCH (Hrsg.), *Grund- und Freiheitsrechte im 18. und 19. Jahrhundert*, 1987, S. 274 f.

²¹ A. a. O. (Fn. 1) S. 299.

²² Zur Begründung der Naturrechtmäßigkeit von Sklaverei und Leibeigenschaft im 18. Jahrhundert vgl. KLIPPEL a. a. O. (Fn. 20) S. 274. – „Auch in der Aufklärung allgemein ist eine starke zur Sklaverei positiv eingestellte Strömung vorhanden“: KLIPPEL a. a. O. (Fn. 20) S. 275 Fn. 20.

soll“.²³ In einem *obiter dictum* zur Lage der Sklaven in der Neuen Welt meinen die Richter,²⁴ daß es „auch zur Ehre der Menschheit zu wünschen wäre, daß im jetzigen erleuchteten Zeitalter, wo der Verstand aufgeklärter ist, wo freye Künste und Wissenschaften den höchsten Gipfel erreicht, wo eine gereinigte Weltweisheit, noch mehr aber eine göttliche Religion Sanftmuth und Liebe gegen Feinde und Beleidiger einflößet, der unglückliche Zustand dieser Geschöpfe erleichtert und die gegen dieselbe gebrauchte Härte gemildert würde“.²⁵

Wir sehen also, daß unsere Gutachter am Kammergericht durchaus von dem affiziert sind, was man „Aufklärung“ nennt. Halten wir dies vorerst fest und gehen wir aufklärerischem Selbstverständnis in einem ganz anderen Zusammenhang nach.

V.

Es geht um das Delikt des Kindsmords, das in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Gegenstand heftiger Debatten gewesen ist.²⁶ Der Kindsmord gilt als „Schlüsseldelikt aller strafrechtsreformerischen Bestrebungen des 18. Jahrhunderts“.²⁷ Einen Höhepunkt erlebte der Diskurs unter Juristen, Philosophen, Theologen, Mediziner und Literaten just in dem Jahre,

²³ A. a. O. (Fn. 1) S. 298.

²⁴ A. a. O. (Fn. 1) S. 305.

²⁵ Schließlich schlagen die Gutachter dem König sogar vor, ein Gesetz zu erlassen, das einem Sklaven die Freiheit verleiht, sobald er Preußisches Territorium betritt (A. a. O., Fn. 1, S. 310). Die Vertreter der Judikative versäumen allerdings nicht, den Gesetzgeber darauf hinzuweisen, daß ein solches Gesetz „nicht auf vergangene Fälle gezogen werden dürfe“ (A. a. O., Fn. 1, S. 310) und somit der vorliegende Fall davon nicht berührt werde. Ob hier ein bloßer Appell an die königliche Selbstbindung an die eigenen Gesetze vorliegt oder ob sich bereits die normative Vorstellung von Gewaltenteilung niederschlägt, kann hier auf sich beruhen. Vgl. zu diesem Übergang REGINA OGOREK, Das Machtspruchmysterium, in: *RJ* 3 (1984) S. 82–107.

²⁶ Zur Darstellung der Debatte, ihres Umfanges und ihren belletristischen, gerichtsmedizinischen und kriminalpolitischen Bezügen vgl. OTTO ULBRICHT, *Kindsmord und Aufklärung in Deutschland*, München 1990, S. 217 ff.; 244 ff.; BEATE HARMS-ZIEGLER, *Illegitimität und Ehe. Illegitimität als Reflex des Ehediskurses in Preußen im 18. und 19. Jahrhundert*, Berlin 1991, S. 212 ff.

²⁷ GUSTAV RADBRUCH/HEINRICH GWINNER, *Geschichte des Verbrechens*, 1. Aufl., Stuttgart 1991, S. 242; vgl. ESTHER FISCHER-HOMBERGER, *Medizin vor Gericht. Zur Sozialgeschichte der Gerichtsmedizin*, Bern–Stuttgart–Wien 1983, S. 285.

da unser Mohr zu supplizieren wagte, nämlich anno 1780. Damals wandte sich ein „unbekannter Menschenfreund“ mit folgender Preisfrage an das gebildete Publikum: „Welches sind die besten ausführbaren Mittel, dem Kindermorde Einhalt zu thun, ohne die Unzucht zu begünstigen?“²⁸ Die Resonanz war überwältigend. 385 Antworten wurden eingereicht – eine Zahl, die deutlich macht, daß die Preisfrage an einen überaus empfindlichen Nerv gerührt hatte.

Weshalb? Die Vermutung liegt nahe, daß die große Zahl sowie die Zunahme der Häufigkeit von Kindsmorden dieses Delikt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt hatten. Zeitgenössische Aussagen stützen diese Annahme. Der wohl prominenteste Teilnehmer am besagten Preisausschreiben, der Zürcher Aufklärer und Pädagoge Johann Heinrich Pestalozzi, läßt etwa die bittere Klage hören: „Zu tausenden werden meine Kinder von der Hand der Gebährenden erschlagen.“²⁹ Er konnte mit einem Publikum rechnen, das eine einschlägige Sensibilität bereits so weit ausgebildet hatte, daß es die Frage nach dem tatsächlichen Ausmaß des Mißstandes nur als Ablenkung empfunden hätte.

Die Forschung ging bis in die jüngste Zeit davon aus, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen der Virulenz der Debatte über den Kindsmord im späteren 18. Jahrhundert und der Häufigkeit des Delikts in jener Zeit gäbe. In rechtshistorischen Arbeiten aus den letzten dreißig Jahren wird festgestellt, der Kindsmord sei im 18. Jahrhundert zu einer „Seuche“ ausgeartet;³⁰ man habe es – so ein anderer Autor – mit einem „Massendelikt“ zu tun; die Zahl der Fälle, in denen es zu einer strafrechtlichen Untersuchung gekommen sei, stelle nur „die Spitze eines Eisberges“³¹ dar, so daß – wie ein Dritter

²⁸ Vgl. ULBRICHT (Fn. 26) S. 217 ff.; RICHARD VAN DÜLMEN, *Frauen vor Gericht. Kindsmord in der frühen Neuzeit*, Frankfurt/M. 1991, S. 104 ff.

²⁹ Zit. aus Pestalozzis Schrift *Über Gesetzgebung und Kindermord* (1781) bei ULBRICHT (Fn. 26) S. 176; vgl. VAN DÜLMEN (Fn. 28), S. 107 f.; WILHELM WÄCHTERSÄUSER, *Das Verbrechen des Kindesmordes. Eine rechtsgeschichtliche Untersuchung der dogmatischen, prozessualen und rechtssoziologischen Aspekte*, Berlin 1973, S. 110; zur Häufigkeit vgl. CARL GOTTLIEB SVAREZ, *Vorträge über Recht und Staat*, hrsg. von HERMANN CONRAD und GERD KLEINHEYER, Köln und Opladen 1960, S. 407.

³⁰ ALFONS FELBER, *Unzucht und Kindsmord in der Rechtsprechung der Freien Reichsstadt Nördlingen vom 15. bis 19. Jahrhundert*, Bonn 1961, S. 95 f.

³¹ VAN DÜLMEN (Fn. 28) S. 72.

meint – Pestalozzis Darstellung eine „beängstigende Wahrscheinlichkeit“³² gewinne. Folgt man diesen Darstellungen, so kann man sich des beklemmenden Gefühls nicht entziehen, Nachfahre von Überlebenden einer regelrechten Kindsmordorgie zu sein.

Vor fünf Jahren wurde dagegen eine Untersuchung veröffentlicht, die gute Gründe gegen die These von der „Seuche Kindsmord“ vorbringt.³³ Kindsmord werde zwar, so wird konzidiert, von den Statistiken als häufigstes Tötungsdelikt ausgewiesen, damit sei es jedoch noch lange kein Massendelikt gewesen.³⁴ Eine hohe Dunkelziffer sei eher unwahrscheinlich;³⁵ die Zunahme der Kindsmorde in Deutschland könne statistisch nicht belegt werden;³⁶ wahrscheinlich sei eher, daß die Kindsmorde im 18. Jahrhundert gegenüber dem 17. zurückgegangen seien.³⁷

Folgt man diesen Ergebnissen, so stellen sich zwei Fragen: 1. Wie kann die Diskrepanz zwischen der öffentlichen Diskussion über ein bestimmtes Phänomen und der tatsächlichen gesellschaftlichen Bedeutung dieses Phänomens erklärt werden? 2. Wie kommt es, daß dieser Unterschied von Rechtshistorikern so lange übersehen wurde?

Die erste Frage soll hier nicht ausgeführt werden. Nur soviel: Vieles spricht dafür, daß die Kindsmorddebatte am Ende des 18. Jahrhunderts in erster Linie „Ausdruck eines umfassenden Bewußtseins- und Wertewandels“³⁸ gewesen ist – ein Wertewandel, der sich keineswegs zufällig in der Auseinandersetzung mit dem Delikt des Kindsmords manifestiert hat.³⁹

³² WÄCHTERSCHÄUSER (Fn. 29) S. 110.

³³ ULBRICHT (Fn. 26).

³⁴ ULBRICHT (Fn. 26) S. 182.

³⁵ Vgl. die einleuchtende Argumentation von ULBRICHT (Fn. 26) S. 177–180; der Verf. verweist namentlich zum einen auf die Schwierigkeiten bei der Verheimlichung von Schwangerschaft und Geburt und zum anderen auf damalige kriminalistische Methoden bei Entdeckung einer Kindsleiche, „die zumindest in Dörfern und Kleinstädten nicht ineffektiv“ gewesen sein sollen: man verhörte „alle in Frage kommenden Frauen und ließ die Brüste derjenigen untersuchen, gegen die sich der Verdacht verstärkte. Eine andere Methode war, daß man von Haus zu Haus ging und die potentiellen Täterinnen in Augenschein nahm. Einen Kindsmord zu begehen und die Leiche zu verstecken, war also nicht einfach, sondern schwer“ (a. a. O. S. 178).

³⁶ ULBRICHT (Fn. 26) S. 190.

³⁷ ULBRICHT (Fn. 26) S. 195.

³⁸ ULBRICHT (Fn. 26) S. 174; vgl. HARMS-ZIEGLER (Fn. 26) S. 214.

³⁹ Vgl. auch die vorsichtige Deutung der ‚Konjunktur‘ des Delikts im 18. Jahrhundert bei RADBRUCH/GWINNER (Fn. 27) S. 243.

Die zweite Frage hingegen interessiert an dieser Stelle mehr. Die bescheidene Kritik der Rechtshistoriker an der unproportionalen Intensität der zeitgenössischen Diskussion, gemessen am tatsächlichen Ausmaß des Mißstandes, kann damit erklärt werden, daß man eine Diskussion unter Aufklärern vor sich hatte, in der die Protagonisten der Debatte der gängigen Vorstellungen von Aufklärung und Aufklärern so recht entsprachen. Dabei rückte der Befund, daß es sich bei der Kindsmorddiagnose – überspitzt gesagt – um einen Phantomschmerz der Aufklärer handelte, in den Hintergrund oder wurde ganz ausgeblendet, weil er nicht in das Bild paßte.

Während man sich von Aufklärern in der Frage des Sklaven, der um seine Freiheit bittet, doch wenigstens ein bißchen Aufbegehren und Entrüstung gegenüber einem Institut gewünscht hätte, das Menschen wie Sachen behandelt, so stimmt das Agieren der Aufklärer in Sachen Kindsmord ganz mit dem überein, was man landläufig von Aufklärern erwartet: Vom Ideal einer allgemeinen Humanität durchglüht, erkannten sie, daß das Delikt gesellschaftlich bedingt war, und wollten die Gesellschaft bessern in der solche Verbrechen möglich waren. Gerade beim Kindsmord war nämlich unübersehbar, wie harte soziale Sanktionen, unbarmherzige Kirchenbußen und drakonische staatliche Strafen einen erheblichen Beitrag zur Motivation der Täterinnen leisten konnten.⁴⁰

Der aufgeklärte Gesetzgeber zog mit. Ledige Mütter wurden nicht nur von Unzuchtsstrafen befreit – Friedrich der Große wollte sie – so sagt man – sogar prämiieren, weil sie den Staat mit Bürgern beschenkten.⁴¹ Das ALR schließlich verbesserte die Rechtsstellung der außerehelich Geschwängerten in vielfältiger Weise.⁴²

VI.

Versucht man in einem nächsten Schritt eine Zusammenschau unserer Betrachtungen zu dem Mohrenprozeß aus dem Jahre 1780 und zu der Auseinandersetzung um Kindsmorde vor dem Hintergrund dessen, was

⁴⁰ Vgl. ULBRICHT (Fn. 26) S. 251 f.

⁴¹ Vgl. MARIANNE WEBER, *Ehefrau und Mutter in der Rechtsentwicklung*, Tübingen 1907 S. 341.

⁴² §§ 1015–1119 II 1 ALR.

man „Aufklärung“ nennt, so wird deutlich, daß dieser Bezugspunkt wenig klärt und vieles offen läßt. Dem ist nicht so, weil sich Aufklärung als Bezugspunkt hier nicht eignen würde; vielmehr erscheint unklar, inwiefern „Aufklärung“ etwas bezeichnet, das nicht nur wesentlich mehr, sondern auch etwas grundsätzlich anderes ist als ein modischer Jargon oder eine intellektuelle Attitüde einer vergangenen Zeit.

Zu prüfen ist, ob es deshalb so unergiebig ist, den geschilderten Mohrenprozeß und die erwähnte Kindsmorddebatte mit dem, was man als „Aufklärung“ bezeichnet, in Beziehung zu setzen, weil mit dem Begriff „Aufklärung“ nicht die Handhabung einer klaren Differenz verbunden ist.

Bezeichnen wir nämlich die Aufklärung schlicht als einen Zeitraum – etwa von der zweiten Hälfte des 17. bis zum Ende des 18. Jahrhunderts – so können wir die Epoche der Aufklärung zwar zeitlich exakt bestimmen, ihr Spezifikum bleibt jedoch im Dunkeln.

Wie steht es nun, wenn wir dieses Spezifikum als eine „Geistesbewegung“ bestimmen, die sich dadurch auszeichnet, daß die von ihr bewegten Geister das letzte Ziel der Menschheit als „Glück“, den richtigen Weg zu diesem Ziel als „Fortschritt“, die einzig geltende Autorität als „Vernunft“ bezeichnen und überkommene Autoritäten am Maßstab dieser Vernunft messen und kritisieren? In diesem Fall kann allerdings nicht übersehen werden, daß die kritisierten Autoritäten von ihren Vertretern immer auch als vernünftig betrachtet wurden. Wer sich etwa dafür entscheidet, an einem Zustand nicht deshalb festzuhalten, weil er vernünftig ist, sondern weil dies Tradition ist, der hält eben die Berufung auf Tradition und nicht auf Vernunft für vernünftig. So kann auch frühmittelalterliche Rechtsfindung durch Gottesurteile ebensowenig als „unvernünftig“ bezeichnet werden wie Rechtsfindung am Ende des 20. Jahrhunderts, in der stattdessen die moralischen Überzeugungen der Richter von den moralischen Überzeugungen des Volkes eine wichtige Rolle spielen.⁴³

Da es eine Vernunft, die über die Zulassung von Vernunftgründen entscheidet, nicht gibt, kann es auch keine Autorität einer gemeinsamen

⁴³ Vgl. NIKLAS LUHMANN, *Das Recht der Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1994, S. 315: „Heute scheint die moralische Überzeugung der Richter von den moralischen Überzeugungen des Volkes ein funktionales Äquivalent [für die Gottesurteile] zu bieten – ebenfalls unvorhersehbar, aber mit weitaus besseren Möglichkeiten, zur Rechtsbildung beizutragen und damit Unvorhersehbarkeit in Vorhersehbarkeit zu transformieren“.

Vernunft geben. Was bleibt, ist nur die historisch zu konstatierende Konjunktur verschiedener Inhalte von Vernunft und damit die Feststellung eines steten Wechsels von Aufklärungsepochen. Wenn, so gesehen, jede Epoche ihre Aufklärung in sich trägt, also eine Aufklärungsepoche ist, dann fällt aber auch die Möglichkeit ihrer Beobachtung weg, da dann jede Epoche über das angebliche Spezifikum verfügt und dort nicht beobachtet werden kann, wo die Möglichkeit der Unterscheidung nicht gegeben ist.

VII.

Man könnte versuchen, der Vernunft der Aufklärer des 18. Jahrhunderts näherzukommen, indem man sie als eine historische Erscheinung erfaßt mit verschiedenen anderen Auffassungen von „Vernunft“ in der Geschichte vergleicht und die Unterschiede referiert. Man würde dann mit der „Vernünften“ verfahren, wie Carl von Linné mit über siebentausend Pflanzen: nach den Regeln der klassifizierenden Methode würde der 'Vernunftshistoriker' zum Beispiel die Vernunft der Skythen, die Vernunft der spanischen Inquisitoren oder die Vernunft der Aufklärer säuberlich klassifizieren und unter einen allgemeinen Begriff der Vernunft subsumieren. Das Resultat wäre allerdings nicht nur so unspektakulär wie etwa die Feststellung, daß Kamele und Dromedare zur Familie der langhalsiger Paarhufer gehören, sondern auch so dubios wie die Vorstellung eines unhistorisch gedachten „allgemeinen Begriffs der Vernunft“.

VIII.

Schon eher empfiehlt sich die Frage, ob das, was man die „Vernunft der Aufklärer“ nennt, jemals bestanden hat und nicht erst das Ergebnis einer retrospektiven Aufklärung über die Vernunft der Aufklärer gewesen ist. Die Aufklärung über Aufklärung setzt nämlich erst im 'Spätherbst der Aufklärung' ein, nämlich in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts.⁴⁴ In den

⁴⁴ Zum Beispiel MOSES MENDELSSOHN, *Über die Frage: was heißt aufklären?* (1784); IMMANUEL KANT, *Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung* (1784); CHRISTOPH MARTIN WIELAND, *Sechs Fragen zur Aufklärung* (1789); ANDREAS RIEM, *Sechs Fragen zur Aufklärung* (1788); JOHANN GOTTFRIED HERDER, *Wort und Begriff der Humanität* (zwischen 1793–97); GOTTHOLD EPHRAIM

„Berlinischen Monatsschrift“ stellt im Jahre 1783/84 etwa der Theologe Johann Friedrich Zöllner die Frage „Was ist Aufklärung?“ und konstatiert: „Diese Frage, die beinahe so wichtig ist, als: was ist Wahrheit, sollte doch wol beantwortet werden, ehe man aufzuklären anfinge! Und doch habe ich sie nirgend beantwortet gefunden!“⁴⁵

Über Aufklärung klären u. a. Gelehrte auf, die man – wie etwa Immanuel Kant – bezeichnenderweise später zu den „Überwindern der Aufklärung“ zählt. Schließlich war es vor allem das romantisch-idealistische Bild von der Epoche der Aufklärung,⁴⁶ das im 19. Jahrhundert die Konturen unseres Aufklärungsbegriffes geprägt hat.⁴⁷ Wenn wir heute die Aufklärung nicht mehr wie etwa Friedrich Schlegel als Zeitalter des „Despotismus der Vernunft“⁴⁸ bezeichnen, sondern mit ihr eher eine diffuse positive Konnotation verbinden, so ist dies nur als Fortschreiten gegenüber denjenigen Aufklärern zu verstehen, die im 19. Jahrhundert die Aufklärung kritisiert haben.

Dazu paßt, daß das 18. Jahrhundert alles andere als einen einheitlichen Begriff von Aufklärung entwickelt hat⁴⁹ und Stimmen nicht fehlten, wonach Aufklärung nur als ein „Modewort“ begriffen wurde, das „alles und nichts bedeuten“⁵⁰ könne. Ein radikaler, freilich anonymer, Aufklärer über Aufklärer stellt im Jahre 1794 sogar fest, es handle sich bei der Aufklärung um „eine Grille, eine bodenlose leere Grille“.⁵¹

LESSING, *Über die Wahrheit* (1778); FRIEDRICH SCHILLER, *Über die Grenzen der Vernunft* (1795) – Alle Aufsätze abgedruckt in: ERHARD BAHR, *Was ist Aufklärung? Thesen und Definitionen*, Stuttgart 1992.

⁴⁵ Zit. nach: NORBERT HINSKE (Hg.), *Was ist Aufklärung. Beiträge aus der Berlinischen Monatsschrift*, Darmstadt 1973, S. XLI f.

⁴⁶ Vgl. HORST STUKE, Aufklärung, in: OTTO BRUNNER/WERNER CONZE/REINHART KOSELLECK (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Bd. I, Stuttgart 1972, S. 304, 318.

⁴⁷ Vgl. auch die Konturierung des Begriffes der Aufklärung bei FRIEDRICH JULIUS VON STAHL (*Die Philosophie des Rechts*, Bd. II, 5. Aufl., Tübingen und Leipzig 1878, S. 347 f.): „Der [aufgeklärte] Staat wird allein auf die Menschenrechte gegründet, nicht auf höher ihm gesetzte Zwecke; es ist Sympathie für alle Opposition gegen alle Autorität. Es fehlt die Anerkennung unbedingter Gebote für die Rechtsordnung“.

⁴⁸ FRIEDRICH SCHLEGEL, *Geschichte der alten und neuen Literatur. Vorlesungen gehalten zu Wien im Jahre 1812*, Wien 1813, S. 72.

⁴⁹ STUKE (Fn. 46) S. 246; RUDOLF VIERHAUS, *Was war Aufklärung?*, Göttingen 1995, S. 6.

⁵⁰ Vgl. die Zitate bei STUKE (Fn. 46) S. 245.

⁵¹ C. K. (Anonymus), *Aufklärung, größtentheils eine Grille*, Hannover 1794, S. 5.

IX.

Gehen wir davon aus, daß „Aufklärung“ eine „Geistesbewegung“ meint die von der Vernunft als höchster und letzter Autorität ausgeht, nehmen wir als Epoche der Aufklärung jenes Zeitalter an, in dem sich diese „Geistesbewegung“ entwickelt hat und vielleicht vorherrschend war⁵², und stellen wir uns die Frage, wie bestimmt wird, welche Inhalte in welchem Zeitpunkt mit der Etikette „vernünftig“ vertrieben werden. Die europäische Diskussion im 19. Jahrhundert um Sklaverei und Sklavenhandel sowie die Debatte um die Verhütung des Kindsmords im späten 18. Jahrhundert sind hierfür geeignete Beispiele.

1. Die Behandlung der Supplik unseres Mohren aus dem Jahre 1780 hat gezeigt, daß die aufklärerischen Vorbehalte gegenüber der Institution der Sklaverei sehr bescheiden ausfielen. Noch das preußische Allgemeines Landrecht aus dem Jahre 1794 stellte zwar fest, daß „Sklaverei in der Königlichen Staaten nicht geduldet werden“⁵³ solle, bestimmte aber, daß „Fremde, die sich nur eine Zeitlang in Königlichen Landen befinden, ihre Rechte über die mitgebrachten Sklaven“⁵⁴ behalten sollten.

Diese Toleranz gegenüber der Vorstellung von Menschen im Eigentum anderer Menschen änderte sich erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Jetzt lassen sich die Anklagen vernehmen, die man vielleicht von aufgeklärten Naturrechtlern erwartet hätte: „Weg also mit aller Sklaverei! Sie ist ein Brandmal der Menschheit!“⁵⁵ wird gerufen oder empör festgestellt, daß „Sklaverei, Leibeigenschaft, Sklavenhandel die frechste Kränkung der Urrechte der Menschen“⁵⁶ seien. Der Wiener Kongreß demonstriert schließlich, daß es in der Geschichte kein Zurück gibt, auch

⁵² Anderer Meinung ist R. VIERHAUS (Fn. 49) S. 5.

⁵³ § 196 II 5 ALR.

⁵⁴ § 198 II 5 ALR. – Die §§ 196–208 II 5 ALR wurden durch das Gesetz vom 9. März 1857 (GS 1857, 160) abgeschafft. Anlaß war wiederum ein Sklavenprozeß; vgl. dazu: Diffamationsprozeß zwischen einem bisherigen Sklaven und seinem Herrn, vor Preußischen Gerichten verhandelt, in: *Gruchots Archiv*, Bd. 12 (1868), S. 62–77; RUDOLF STAMMLER, Der letzte Sklavenprozeß in Deutschland, in: DERS. *Deutsches Rechtsleben während des 19. Jahrhunderts* Bd. II, München 1932, S. 265–278.

⁵⁵ W. T. KRUG, *Allgemeines Handwörterbuch der philosophischen Wissenschaften nebst ihrer Literatur und Geschichte*, Neudruck der 2. Aufl. (Leipzig 1832–38), Stuttgart 1970, Sp. 784.

⁵⁶ L. T. SPITTELER, *Vorlesungen über Politik*, hrsg. von K. Wächter, Stuttgart–Tübingen 1828 (= Werke, Bd. XV), 18.

wenn man die Restauration betreibt: Die Sklaverei wird als „inhuman und unmoralisch“ verurteilt, und mit der Deklaration vom 8. Februar 1815 die Abschaffung des sogenannten „Negerhandels“ feierlich beschlossen.⁵⁷ Was hatte die Menschen dazu gebracht, dieser neuen Vernunft zu gehorchen?

Die Antwort kann nicht vollständig sein. Eine Rolle spielte bei der Verurteilung der Sklaverei im 19. Jahrhundert die Ausbildung des bürgerlich-egalitären Freiheitsbegriffs. Der Gesellschaft des Ancien régime waren Formen abgestufter Freiheit vertraut, und die Sklaverei unterschied sich etwa von der Leibeigenschaft nur dadurch, daß die Leibeigenschaft eine sehr einseitige, aber noch reziproke Beziehung zwischen Herr und Untergebenem war.

War also die Abschaffung der Sklaverei im 19. Jahrhundert eine Folge der Durchsetzung des bürgerlich-egalitären Freiheitsbegriffs und damit eine späte Frucht der Aufklärung? Wohl kaum.

Die Motive bei der Abschaffung der Sklaverei haben wenig mit dem Siegeszug der Freiheitsidee und viel mit der kaufmännischen Einsicht in den Umstand zu tun, daß Sklaverei eine überaus altmodische Form der Ausbeutung von Menschen war. Sklaverei war unwirtschaftlich. Ökonomischer war hingegen die Lohnarbeit, die dem Arbeitgeber die Möglichkeit eines indirekten, aber viel effizienteren Arbeitszwangs durch Lohnkürzung und Chance der Entlassung verschaffte und ihn vom Risiko des „Human-kapitals“ entband.⁵⁸

2. Die Karriere der Debatte um den Kindsmord ist ein anderes Beispiel für die zeitlich begrenzte Haltbarkeit von Vernunftgründen.

Es mutet beinahe gespenstisch an, wie sich seit Beginn des 19. Jahrhunderts auf dem noch vor kurzem so heftig umkämpften Diskussionsfeld der Kindsmordverhütung Grabesstille ausbreitet. Die Statistiken verzeich-

⁵⁷ Mit dieser Resolution soll zum ersten Mal „ein humanitäres Prinzip aus seiner religiösen oder naturrechtlichen Unverbindlichkeit gelöst und in eine völkerrechtlich verbindliche Form gebracht“ worden sein (H. BERDING, Die Ächtung des Sklavenhandels auf dem Wiener Kongreß 1814/15, in: *HZ* 219, 1974, S. 267).

⁵⁸ In dieser Einschätzung stimmen Max Weber, Karl Marx und Friedrich Engels überein; vgl. MAX WEBER, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2. Halbbd., 5. Aufl. hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen 1976, S. 415; FRIEDRICH ENGELS, Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats (2. Aufl. 1891), in: KARL MARX/FRIEDRICH ENGELS, *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*, Bd. II, Berlin 1989, S. 228; KARL MARX, Brief an Pawel Wassiljewitsch Annenkow in Paris (1846), in: *ebd.* S. 468 f.

nen zwar keinen Rückgang der betreffenden Delinquenz; jetzt ist sie aber kein Thema mehr.⁵⁹ In Preußen erfolgt die Auseinandersetzung mit den Motiven des aufgeklärten Gesetzgebers unter den Vorzeichen einer Familienpolitik, die darauf abzielte, zentrale Institute der bürgerlichen Gesellschaft, Ehe und Familie nämlich, zu stärken.⁶⁰ Vor diesem Hintergrund setzt Aufklärung über die gesetzlichen Produkte der Aufklärer, etwa zu Nichteheleichenfrage, ein. Und es kann nicht erstaunen, daß das, was den Gesetzgeber im Jahre 1794 gewissermaßen als Befehl der Vernunft im Blick auf die Lage der ledigen Mütter in die Feder diktiert worden war, sechzig Jahre später als Entgleisung gebrandmarkt und durch Revision der ALR abgeschafft wird.⁶¹

X.

Der Versuch, die Debatte um die Verhütung von Kindsmorden am Ende des 18. Jahrhunderts und den Mohrenprozeß aus dem Jahre 1780 mit den in Beziehung zu setzen, was man „Aufklärung“ nennt, macht deutlich, daß eine Epochenbezeichnung wie „Aufklärung“ letztlich wie andere Allgemeinbegriffe aus dem Nähkästchen des Historikers – z. B. „französische Revolution“, „moderne Staaten“ oder „bürgerliche Gesellschaft“ – zunächst nicht mehr ist als ein Hilfsmittel, um sich Zugang zu bestimmten historischen Vorgängen zu verschaffen⁶² und historische Zusammenhänge mittels grober Strukturen zu rekonstruieren. Solche Hilfsmittel sind für den Historiker ebenso geschichtlich wie die historischen Vorgänge, die mit ihrer Hilfe gedeutet werden sollen. Der Historiker als Aufklärer über alle Arten von Aufklärung – von der Aufklärung im historischen Zeitalter der „Geistesbewegung der Aufklärung“ bis zu jener der Spielart moderner Aufklärung, die über die Eitelkeit des Glaubens an Fortschritt und Glück aufklärt und für die die Vernunft nur noch ein „Zitat [ist], das verdeckt, daß man nicht weiter weiß und doch mitteilen möchte, daß man bestimmte Auffassungen

⁵⁹ Vgl. MARC BORS, *Bescholtene Frauen vor Gericht*, Zürich 1996, S. 5, 37.

⁶⁰ Vgl. STEPHAN BUCHHOLZ, 'Nichteheleichenrecht', in: HELMUT COING (Hrsg.), *Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte*, Bd. III, München 1982, S. 1678.

⁶¹ Die Revision des landrechtlichen Nichteheleichenrechts erfolgte durch das Gesetz vom 24. April 1854 (GS 1854, Nr. 15, S. 193–198).

⁶² Vgl. NIKLAS LUHMANN, *Gesellschaftsstruktur und Semantik*, Bd. I, Frankfurt a. M. 1980, S. 14

für richtig hält“⁶³ – der Historiker als Aufklärer kann sich bei seiner Arbeit die unverschämte Höflichkeit einer Katze leisten, wenn sie auf einem Baum sitzt und einen Hund anschaut. Zu seinem Selbstverständnis gehört, daß er mit seiner Arbeit nur Stoff für die nächste Generation von Aufklärern produziert. In dieser Beziehung geht es ihm wie dem Tyrannen: Er kann alle Anwärter auf seine Nachfolge umbringen – mit Ausnahme seines Nachfolgers.⁶⁴

MARC BORS

⁶³ LUHMANN (Fn. 43) S. 533.

⁶⁴ Zu diesem Bild vgl. REINHART KOSSELLECK, in: *Der Historiker als Menschenfresser*, Berlin 1990, S. 122.